

Friedenszentrum Braunschweig e.V. u.
Braunschweiger Bündnis für den Frieden
Goslarsche Straße 93
38118 Braunschweig



An
Auswärtiges Amt
Außenministerin Annalena Baerbock
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Braunschweig, den 18. Januar 2022

Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Sehr geehrte Frau Außenministerin Baerbock

Am 22. Januar 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. In diesem Jahr jährt sich dieses großartige Ereignis zum ersten Mal. Mittlerweile haben 59 Staaten den Vertrag ratifiziert und die erste Konferenz der Vertragsstaaten ist in Planung.

Deutschland ist bisher diesem wichtigen Vertrag nicht beigetreten. Dabei stellt er die Weichen für Frieden und atomare Abrüstung. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da Deutschland bei einem Atomkrieg unmittelbares Zielgebiet sein würde. Dazu trägt auch die nukleare Teilhabe Deutschlands bei.

Um die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios zu minimieren, ist es dringend geboten, dass Deutschland ein Zeichen in Richtung Atomwaffenverbot setzt.

Wir appellieren deshalb an Sie, als Außenministerin:

- Teilnahme an der 1. Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag im März in Wien,
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags,
- Verzicht auf die nukleare Teilhabe,
- Die Schwelle eines Atomkrieges senken durch Werbung für die Unterzeichnung bei Partnerstaaten.

Willy Brandt hat mit der "neuen Ostpolitik" Weichen für Annäherung und Dialog gestellt. Mit der Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde das Fundament geschaffen.

In Anbetracht der gegenwärtigen Spannungen bedarf es dringend vertrauensbildender Maßnahmen. Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages wäre ein klares Signal in Richtung Frieden und Abrüstung.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Almut Dieter
Friedenszentrum
Braunschweig i.A.

Dr. Ute Lampe
Braunschweiger Bündnis
für den Frieden i.A.

Dr. Michael Köllisch
IPPNW Regionalgruppe
Braunschweigi.A.